

11. Vollversammlung des LWB in Stuttgart

Nord und Süd ringen um Luthers Erbe

STUTT GART - Wenn in Stuttgart Gottesdienstbesucher aus 79 Nationen jeden Morgen in der Alten Reithalle das „Vaterunser“ in ihren jeweiligen Landessprachen sprechen, dann bekommt man eine Vorstellung von der babylonischen Sprachverwirrung. Aber anders als in der biblischen Geschichte soll es bei der 11. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (LWB) nicht um Trennung gehen, sondern um Einigkeit.

Von unserer Mitarbeiterin
Barbara Waldvogel

Dem 1949 im schwedischen Lund gegründeten Bund gehören mittlerweile 70 Millionen Christen weltweit an – mit steigender Tendenz in Asien und Afrika. Das hört sich nach einer Erfolgsgeschichte an. Aber in Stuttgart, wo rund 400 Delegierte bis zum 27. Juli unter dem Leitwort „Unser tägliches Brot“ beraten, wurde auch deutlich, dass sich die Erben Luthers längst nicht in allen Ausformungen ihres Glaubenslebens einig sind. Präsident Mark S. Hanson, der nach sieben Jahren aus dem Amt scheidet, hat in seiner Ansprache – abweichend von seinem Manuskript – deutlich seine Furcht vor einer Spaltung artikuliert. Der Leitende Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika warnte davor, das reiche Erbe der Lutherischen Kirche zu verspielen. Streitpunkte sind die Themen Frauenordination und Homosexualität, die rund um den Globus doch sehr unterschiedlich behandelt werden.

In Schweden und Amerika etwa gibt man sich fortschrittlich. Dort gehören Frauen im geistlichen Amt zur Normalität, und gleichgeschlechtliche Paare dürfen mit dem Segen der Kirche rechnen. Aber so viel Freiheit kommt nicht in allen Ländern gut an. Afrika und das Baltikum zum Beispiel haben damit größere Schwierigkeiten. In Stuttgart appellierte Bischof Elisa Buberwa von Tansania an die Versammlung, den Kirchen in diesen Fragen mehr Zeit zu lassen, was auch durchaus im Sinne von Generalsekretär Ishmael Noko aus Simbabwe ist. 2007 wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die bis 2012 Richtlinien zu Ehe, Familie und Sexualität erarbeiten soll. Wenn diese dann allerdings verbindlich werden sollten, heißt es noch lange nicht, dass sich auch alle Mitgliedskirchen daran halten. Schließlich schrieb der LWB die Frauenordination schon 1990 in seine Verfassung.



11. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes: Acht Tage lang stellen sich in Stuttgart rund 400 Delegierte aus den 140 Mitgliedskirchen – hier von Tansania – Fragen wie Klimawandel, Umwelterstörung oder der Kluft zwischen Arm und Reich.
Foto: Barbara Waldvogel

Diese Meinungsverschiedenheiten verstellten zu Beginn der Tagung etwas den Blick auf das Hauptanliegen des Weltbundes, der sich ja nichts weniger als die Heilung des Globus auf die Fahnen geschrieben hat. Dieses Mal steht die gerechtere Verteilung der Nahrungsmittel, die Solidarität mit den Armen in einer globalen und vom Klimawandel bedrohten Welt auf dem Programm. Schon das „Vaterunser“ machte deutlich, dass Christen in einer Gemeinschaft und nicht für sich allein leben, denn es heißt abschließend „unser tägliches Brot gib uns heute“ und nicht „mein tägliches Brot gib mir heute“, machte Noko deutlich. So zählen Rücksicht auf die Natur, Hilfe für die Rechtlosen und Kranke, Widerstand gegen Menschenhandel und sexuelle Versklavung zu den besonderen Anliegen des Weltbundes.

Gleich anschließend an die Bitte um das tägliche Brot folgte im „Vater-

unser“ die Bitte um die Vergebung der Schuld, wie Rowan Williams, der Erzbischof von Canterbury, in seinem Hauptreferat ausführte. Der Gastredner der anglikanischen Kirche ging dabei auch auf den Versöhnungsakt mit den Mennoniten ein, die im 16. und 17. Jahrhundert von den Lutheranern blutig verfolgt worden waren, weil sie die Kindertaufe genauso ablehnten wie den Kriegsdienst. Gerade wegen der Verpflichtung mennonitischer Gemeinschaften zu Gewaltlosigkeit müssten die meisten „historischen“ Bekenntniskirchen in Bezug auf diese Tradition Buße tun, erklärte Williams.

Angefragt aus dem Plenum, wie es denn nun mit einem gemeinsamen Abendmahl aller Christen stehe, gab Williams eine bemerkenswerte Antwort: „Je mehr wir das Abendmahl als ein Zeichen Gottes ansehen, umso sicherer können wir sein, dass wir es gemeinsam teilen, auch wenn wir theologisch noch nicht so weit sind.“

Hintergrund

Kasper in Stuttgart

Walter Kardinal Kasper, erst kürzlich auf eigenen Wunsch von seinem Amt als „Ökumene-Minister“ entbunden, ließ sich eine Visite der Vollversammlung nicht nehmen. Der scheidende Präsident des Lutherischen Weltbundes, Präsident Mark S. Hanson, fand sehr herzliche Worte für ihn: „Wir können uns die ökumenische Welt ohne Sie nicht vorstellen. Sie waren stets ein Mann der Ermutigung und der Wahrheit.“

Kasper erklärte in seiner kurzen Ansprache, trotz der vielen Hürden habe man schon viel erreicht. Und dass er die Ökumene weiterhin sehr aufmerksam begleiten werde, sicherte er zu: „Ich verlasse zwar mein Büro, aber ich verlasse nicht

meine Arbeit. Gegenüber der SZ sagte er: „Mit den Lutheranern bin ich stets sehr gut ausgekommen.“

Die Situation der katholischen Kirche bezeichnete er im Moment als ausgesprochen schwierig, das beschäftige ihn auch im Ruhestand. Doch das wird ihn nicht davon abhalten, sich jetzt auch einmal Dinge vorzunehmen, zu denen er während seiner Amtszeit nie Zeit hatte – zum Beispiel einmal die Sehenswürdigkeiten Roms in aller Ruhe zu besichtigen.

Auch nach Wangen will er hin und wieder kommen. Einen Umzug über die Alpen zurück nach Deutschland schließt er allerdings aus. Die vielen Bücher möchte er nicht mehr bewegen. (bawa)

Bundeswehrreform

Wehrpflicht bleibt im Grundgesetz

GERMERSHEIM (dpa) - Das radikalste Modell für die anstehende Bundeswehrreform ist vom Tisch: Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) hat eine Minimalgröße der Truppe von nur noch 150 000 Soldaten und eine komplette Abschaffung der Wehrpflicht ausgeschlossen.

Guttenberg beriet darüber gestern zwei Stunden lang mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der Strukturkommission. Im Verteidigungsministerium sind in den vergangenen Wochen mehrere Modelle erarbeitet worden, bei denen die Truppenstärken von 150 000 bis 205 000 Soldaten reichen.

Die zunächst angedachte Verkleinerung der Bundeswehr um 100 000 Soldaten sei „ein Extremmodell, das in meinen Augen nicht darstellbar sein wird“, sagte der CSU-Politiker gestern. Die Streichung der Wehrpflicht aus dem Grundgesetz wäre „ein fataler Fehler“. Eine Beibehaltung der Wehrpflicht bedeutet nicht, dass sie in der Praxis fortgeführt wird. Mit einem einfachen Gesetz könnte sie bis auf Weiteres ausgesetzt werden. Alternativen sind die Fortführung des sechsmonatigen Pflichtdienstes und ein „freiwilliger Wehrdienst“, bei dem niemand mehr gegen seinen Willen zum Bund muss. Letzteres Modell wird wohl von Guttenberg favorisiert.

Kurz berichtet

OSZE hilft Kirgisistan

WIEN (dpa) - Nach den blutigen Unruhen in Kirgisistan hat die OSZE gestern grünes Licht für eine internationale Polizeimission in dem zentralasiatischen Land gegeben. Die Mission solle so schnell wie möglich entsendet werden, teilte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gestern in Wien mit. Es handelt sich um die erste internationale Sicherheitsmission nach den Auseinandersetzungen zwischen Usbeken und Kirgisisten mit etwa 2000 Toten vom Juni. Die 52 unbewaffneten Polizisten sollen die lokalen Sicherheitsbehörden speziell im Süden des Landes unterstützen.

Tschad schont Al-Baschir

N'DJAMENA (dpa) - Omar Al-Baschir, der wegen Völkermords gesuchte sudaneseische Präsident, ist erstmals in ein Mitgliedsland des Internationalen Strafgerichtshofs (ISTGH) gereist. Verhaftet wurde Al-Baschir im Nachbarland Tschad am Rande von Regierungsgesprächen aber nicht, obwohl zwei Haftbefehle wegen Völkermords und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen ihn vorliegen. Der Internationale Strafgerichtshof sucht Al-Baschir vor allem wegen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung in der Krisenregion Darfur.

Häftlinge türmen in Bagdad

BAGDAD (dpa) - Wenige Tage nachdem die US-Armee der irakischen Regierung die Schlüssel für Camp Cropper übergeben hat, sollen aus dem Hochsicherheitsgefängnis sechs Gefangene ausgebrochen sein. Das berichten irakische Medien. In dem Gefängnis am Flughafen von Bagdad sind derzeit rund 1500 Menschen inhaftiert. Auch 26 Funktionäre des Regimes des ehemaligen Präsidenten Saddam Hussein befinden sich in Camp Cropper.

Kyoto-Vertrag soll länger gelten

BERLIN (ddp) - Die neue Chefin des UN-Klimasekretariats, Christiana Figueres, hat eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls ins Gespräch gebracht. Damit soll verhindert werden, dass nach dem Ende der ersten Verpflichtungsperiode des Abkommens Ende 2012 eine rechtliche Grauzone entsteht. 1997 hatten sich die Teilnehmerstaaten der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) im japanischen Kyoto darauf verständigt, den weltweiten Kohlendioxidausstoß bis 2012 um rund fünf Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren.

Französisches Magazin klagt

PARIS (dpa) - In der Affäre um L'Oréal-Erbin Liliane Bettencourt tun sich immer neue juristische Fronten auf. Nun verklagte ein französisches Online-Magazin den Chef von Nicolas Sarkozy's Partei wegen Diffamierung. UMP-Generalsekretär Xavier Bertrand hatte dem Magazin „faschistische Methoden“ vorgeworfen, weil es Mitschnitte aus dem Hause Bettencourt teilweise veröffentlicht hatte.

Leere Staatskasse

Simbabwes Diamantenreichtum versickert in dunklen Kanälen

HARARE - Robert Mugabe hat eine neue Einnahmequelle: Der Despot des südafrikanischen Krisenstaates Simbabwe darf jetzt offiziell Diamanten exportieren. Mit dieser Erlaubnis gelten die Edelsteine des Diktators nicht mehr als „Blutdiamanten“. Doch das Geld könnte dem greisen Herrscher dabei helfen, seine Macht zu sichern.

Von unserem Redakteur
Ulrich Mendelin

Zwangsarbeit, Folter, Schläge, Mord – was die Organisation „Human Rights Watch“ über die Zustände auf den Diamantenfeldern von Marange berichtet, ist von internationalen Menschenrechtsstandards weit entfernt. Trotzdem werden die Edelstei-

ne aus dem Osten Simbabwes neuerdings nicht mehr als „Blutdiamanten“ eingestuft und damit vom Handel ausgeschlossen. Simbabwe darf die Steine offiziell verkaufen. Das hat der Welt-Diamantenrat, eine Vereinigung von Diamanten produzierender Firmen, beschlossen. Ob der Erlös aus dem Verkauf künftig tatsächlich der gebeutelten Staatskasse zugute kommt, darf allerdings bezweifelt werden. Wahrscheinlicher ist, dass wie bisher Millionen in dunklen Kanälen verschwinden. Am Ende könnte vor allem einer profitieren: Robert Mugabe. Der greise Diktator klammert sich seit Jahren mit zwielichtigen Methoden an die Macht im Staat, und diese Macht kostet Geld.

Seit 2006 grassiert im Osten Simbabwes das Diamantenfieber. Bis zu 30 000 illegale Diamantensucher sol-

len dort zeitweise ihr Glück versucht haben – mit primitiven Hilfsmitteln, auf winzigen Claims. Dem hat die Armee im Oktober 2008 ein Ende gesetzt: Soldaten haben die Schürfer gewaltsam vertrieben – um jetzt mit dem Wissen ihrer Vorgesetzten selbst nach den wertvollen Steinen zu suchen. Oder suchen zu lassen. „Die Soldaten zwingen uns routinemäßig, nach Diamanten zu schürfen“, zitiert „Human Rights Watch“ einen Dorfbewohner aus der Umgebung der Diamantenfelder. „Wer sich weigert, wird gefoltert. Das Leben in Marange ist die Hölle“.

„Durch die verstärkte Präsenz der Soldaten hat der Diamantenschmuggel eher noch zugenommen“, stellt der Bericht von „Human Rights Watch“ weiter fest. Jenseits der Grenze, in der mosambikanischen Provinz-

stadt Manica, sollen anderen Berichten zufolge vor allem Libanesen und Israelis Diamanten aus dem Krisenstaat aufkaufen.

Von dem Geld, das auf diese Weise nach Simbabwe fließt, hat Finanzminister Tendai Biti noch nicht viel gesehen. Zur komplizierten Lage in dem Krisenstaat gehört, dass der Finanzminister, wie auch Premier Morgan Tsvangirai, zur früheren Oppositionspartei MDC gehört. Diese hat nach internationalem Druck mit Mugabes Zanu-PF seit 2008 eine „Regierung der Nationalen Einheit“ gebildet. Die Einheit besteht jedoch nur auf dem Papier. Beide Parteien sind nach wie vor verfeindet. Aktivisten des MDC müssen Repressionen der Sicherheitskräfte fürchten. Bei der Kontrolle von Arme und Polizei haben allein Mugabes Gefolgsleute die Zügel in der

Hand. Diese Seilschaften sind der entscheidende Machtfaktor im Land – und genau hier versickern bislang die Diamanten-Millionen. Finanzminister Biti beziffert den Schaden für die Staatskasse laut dem „Zimbabwe Standard“ auf 30 Millionen US-Dollar allein in diesem Jahr und hat die Steuerbehörde angewiesen, nach dem fehlenden Geld zu suchen.

Kein Interesse an Transparenz

In Bitis Interesse liegt der Verkauf der Diamanten – möglichst unter der Aufsicht des Verbandes „Kimberley Prozess“, in dem die meisten Diamanten produzierenden Länder organisiert sind. So hat es der Welt-Diamantenrat jetzt auch beschlossen. „Human Rights Watch“ hat diesen Beschluss vorsichtig begrüßt, fordert aber weiter den Abzug der Soldaten aus Marange – bisher vergeblich.

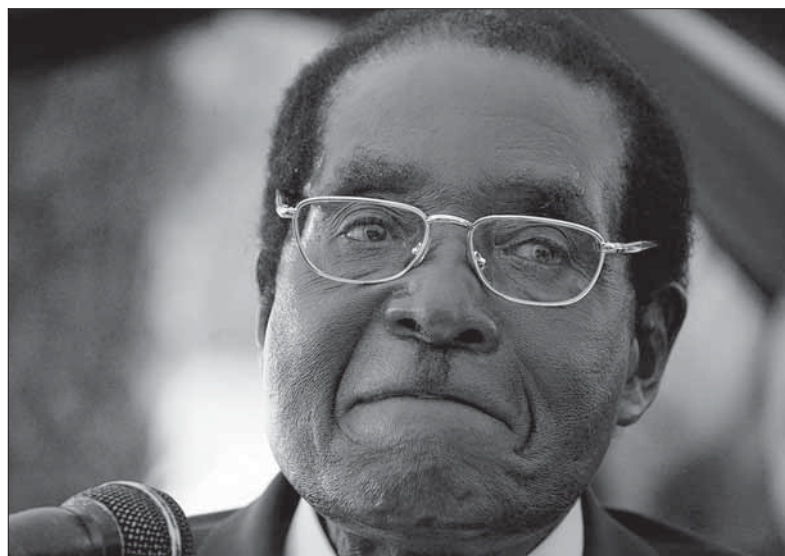
Jetzt hängt viel davon ab, wie effektiv die Kontrollen umgesetzt werden. Mugabe und seine Entourage haben an zu viel Aufsicht jedenfalls kein Interesse. „Wichtige Politiker der Zanu-PF sind an einem möglichst intransparenten Verfahren interessiert“, sagt Christian von Soest, Südafrika-Experte beim Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg. So könnte das Geld statt in die Staatskasse in die Wahlkampf-Maschinerie des Präsidenten fließen – zu deren Repertoire in der Vergangenheit auch bezahlte Schlägertrupps gehörten. Im nächsten Jahr stehen voraussichtlich Präsidentschaftswahlen an. Dann läuft auch die ungeliebte Zwangsarbeit der Mugabe-Partei mit dem MDC aus. Geht es nach den Plänen des ewigen Präsidenten Mugabe, ist er dann wieder der alleinige Herrscher von Simbabwe.

Hintergrund

Der Krisenstaat im Süden Afrikas

Simbabwe, früher Süd-Rhodesien, war einmal eine blühende Exportwirtschaft. An seine Nachbarn hat die ehemalige britische Kolonie Getreide geliefert, Tabakblätter an die ganze Welt. Mismanagement, Korruption und eine verheerende „Landreform“ haben der Wirtschaft den Garaus gemacht. Mit dem wirtschaftlichen Niedergang einher ging ab dem Jahr 2000 der Ausbau des Repressionsapparates. Kommerzielle weiße Farmer wurden vertrieben, ihr Grund an landlose Simbabwe verteilt – ohne dass diese die nötige Ausbildung oder technisches Gerät erhielten. In der Folge wurden die Lebensmittel knapp, ein Großteil der Bevölkerung ist auf ausländische Hilfe angewiesen. Aktivisten

und Anhänger der Oppositionspartei MDC wurden immer wieder das Ziel staatlicher Repressalien. 2005 ließ Präsident Robert Mugabe die Hütten von Slumbewohnern in der Hauptstadt Harare niederreißen, die mehrheitlich für die Opposition gestimmt hatten. Die desolaten hygienische Situation führte 2008 zu einer Cholera-Epidemie mit über 4000 Toten. Im gleichen Jahr kam es unter ausländischem Druck zu einer „Regierung der nationalen Einheit“ mit Mugabes Partei Zanu-PF und dem MDC. Dieser gelang es, die Inflation zu besiegen und die Cholera einzudämmen. Doch die Spannungen zwischen den Regierungsparteien sind geblieben. Die nächsten Wahlen stehen im kommenden Jahr an. (ume)



In Robert Mugabes Reich ist das Diamantenfieber ausgebrochen. Die Staatskasse profitiert davon nicht, die Partei des Diktators umso mehr. Foto: dpa